

Von: [Lazar Monika](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: WG: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik
Datum: Montag, 7. November 2016 19:10:11
Anlagen:

[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

danke für Ihre Mail mit Fragen zur Rentenpolitik, die ich gern wie folgt beantworte.

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern : Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Antwort: Die Rentenkommission von Bündnis 90/ Die Grünen hat sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf
Hiernach wird klar, dass die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann gewahrt wird, wenn langjährig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für kleine, mittlere und hohe Einkommen gleichermaßen. Denn nur wem trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht oder wem die Möglichkeit eröffnet wird, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen schenken. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Was das konkret bedeutet, wird auf dem Parteitag der Grünen 11.-13.11.2016 beschlossen.

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Antwort: JA. Die Grünen setzen sich schon seit langer Zeit für eine steuerfinanzierte Garantierente ein, die langjährig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert. Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Antwort: JA. Soziale Sicherungssysteme müssen verlässlich, solidarisch und gerecht gestaltet werden. Ziel muss daher eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung sein, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So sind sie gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen.

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken : Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Antwort: Die Rentenkommission von Bündnis 90/ Die Grünen hat beschlossen, die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig, die auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Unterstützung finden. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sehen mehrere Anträge von Partei und Fraktion vor, zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule zu entrichten, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener*innen nach sich gezogen. Bei der Frage der nachträglichen Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung befinden uns derzeit in einem fraktionsinternen Abstimmungsprozess. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit fordern wir eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West.

Mit freundlichen Grüßen
Monika Lazar

--

Monika Lazar MdB
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus
Obfrau im Sportausschuss
stv. Mitglied im Innenausschuss
und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 71246
Fax: 030 - 227 76583
Email: monika.lazar@bundestag.de
Internet: www.monika-lazar.de

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de]

Gesendet: Mittwoch, 5. Oktober 2016 22:31

An: Lazar Monika <monika.lazar@bundestag.de>

Betreff: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik

Frau
Monika Lazar, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betreff: Ihre Position zu drängenden Fragen zur Rentenpolitik

Sehr geehrte Frau Lazar,

im April dieses Jahres hatte **rentenpolitikwatch.de** alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages angeschrieben. Auch Ihre persönliche Stellungnahme zu den fünf Fragen wäre uns wichtig gewesen.

Denn wir erwarten von unseren gewählten Abgeordneten, dass sie innerhalb ihrer Parteien und Fraktionen aktiv an der Willensbildung teilnehmen. Das ist ihr grundgesetzlicher Auftrag. Der Verweis auf ein künftiges